

Abschrift sofort an Cramer
de Vries
Zillich

Herrn
Bundesminister Dr. Hans Lukaschek
Bonn
Bundesministerium für die Vertriebenen

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

wie wir aus dem uns heute zugegangenen Wortlaut der Bundestagssitzung vom 24. Juni ersehen, haben Sie auf eine Anfrage des Abgeordneten Ritzel (SPD) geantwortet, daß das Bundesvertriebenenministerium dem "Südostdeutschen Kulturwerk" in München "aus grundsätzlichen Erwägungen" am 30. Mai mitgeteilt habe, es dürften Bundesmittel für einen Literaturpreis an Heinrich Zillich nicht verwendet werden.

Da Dr. Heinrich Zillich unser 1. Vorsitzende ist, werden wir von der in Ihren Worten umrissenen Einstellung des Ministeriums ebenso stark betroffen wie Dr. Zillich selbst und wie der Verband der Landsmannschaften, dessen Präsidium die Preisverleihung am 31. Mai einstimmig begrüßte, oder wie schließlich das "Südostdeutsche Kulturwerk", das am selben Tag die Preisentscheidung neuerlich bekräftigt und sie in einer siebenbürgischen Kulturtagung offiziell verkündet hat.

Ohne auf sonstige Einzelheiten sowie auf die von einem Münchner Journalisten gegen Zillich gestartete Verleumdungshetze jetzt eingehen zu wollen, erlauben wir uns, Sie, Herr Bundesminister, um Aufklärung zu bitten, was mit der Wendung "grundsätzliche Erwägungen" gemeint ist. Sollen Bundesmittel vom "Südostdeutschen Kulturwerk" grundsätzlich nie für Kulturpreise an Südostdeutsche verwendet werden oder soll grundsätzlich nur Heinrich Zillich, der zweifellos wichtigste südostdeutsche Schriftsteller, von solchen Preisen ausgeschlossen bleiben, und, falls dies zutrifft, aus welchem Grund?

Indem wir betonen, daß uns Ihre Auskunft aufs Äußerste wichtig ist, bitten wir Sie, uns Ihre Antwort möglichst umgehend zuschicken zu wollen, wofür wir Ihnen dankbar wären.

Mit den besten Empfehlungen
Landsmannschaft der Siebenbürger Sachsen
in Deutschland

Der Sprecher

einschreiben
mit Eilboten



Abschrift an Cramer
A. de Vries
VdL
Zillich
Valjavec

Herrn
Bundesminister Dr. Lukaschek
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

am 24. Juni richtete der Abgeordnete Ritzel (SPD) im Bundestag an Sie die Anfrage, ob es den Tatsachen entspreche, daß "ein in der deutschen Presse als neofaschistisch bezeichneter Schriftsteller namens Heinrich Zillich aus Bundesmitteln unterstützt werden soll?"

Da Dr. Heinrich Zillich unser 1. Vorsitzender ist, erlauben wir uns, sowohl zu dieser Anfrage als auch zu Ihrer Antwort Stellung zu nehmen.

Was die Bemerkung des Herrn Ritzel betrifft, daß Zillich "in der deutschen Presse" als neofaschistisch bezeichnet werde, ^{so} sei betont, nicht die deutsche Presse hat Zillich als Neofaschisten verleumdet, sondern ein Herr Eric A. Peschler, dessen Beziehungen zu kommunistischen Kreisen einer Aufhellung ^{bedürftig} ~~nötig waren~~, hat es in einem Münchner Boulevard-Blatt, in der "Abendzeitung", und im Gewerkschaftsblatt "Arbeit und Welt" getan. Wenn etliche andere Zeitungen das Echo aufgriffen, so schwatzten sie nach, was Peschler vorgelogen hat, ~~doch~~ bezeichnenderweise hüteten sich wichtigere Zeitungen, den Vorwurf des Neofaschismus zu wiederholen; ~~doch~~ ein kommunistisches Blatt, ^{freilich} - wieder ~~recht~~ bezeichnend - hatte da keine Hemmungen. Daß bei der Verbindung Peschlers zu einem Gewerkschaftsblatt der Weg zum sozialdemokratischen Abgeordneten Ritzel nicht weit war, dürfte auf der Hand liegen.

Was die Haltung des Ministeriums zur Preisverleihung anbelangt, so verweisen wir darauf: daß das "Südostdeutsche Kulturwerk" bereits im März die Preiszuteilung an Zillich beschlossen hat und zwar mit der Erwägung, daß Zillich ihn als der bedeutendste südostdeutsche Dichter ^{jauch} ~~als erster~~ verdiene. Keine Jury, die einen solchen Preis verteilt, wird anders urteilen können. Nun ist der Vorsitzende des "Südostdeutschen Kulturwerkes" Herr Franz Hamm; ^{stimmt} ~~der~~ der Preisverteilung ~~zustimmte~~ und dabei mitwirkte. Herr Hamm ist aber auch Beamter Ihres Ministeriums, Herr Bundesminister, und damit ^{klar} ~~ist~~ offenbar, daß Ihr Ministerium schon im März von der Preisverleihung Kenntnis hatte. Übrigens brachten die Zeitungen die Nachricht von der Preisverteilung mehrere Wochen, bevor

sich Herr Peschler bemerkbar machte.

Freilich erst seine Verdächtigungen führten dazu, daß sich in Ihrem Ministerium, in Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs Dr. Schreiber, ein Beamter gegen die Preisverleihung aussprach. Es war, wie wir aus einem Brief des Herrn Dr. Schreiber vom 5. Juni wissen, eben nur ein Beamter, ^{gegen} und nicht das Ministerium selbst, und ^{er hat} dabei, ~~die~~ Dr. Schreiber ~~mitteilte~~, gegen dessen Intentionen gehandelt, denn Dr. Schreiber ~~ist~~ lehnte es grundsätzlich ab, ^{daß} die Tatsache, daß eine Organisation durch Mittel des Ministeriums unterstützt werde, dazu zu mißbrauchen,

wir wiederholen seine Worte - die Willensbildung der Organisation zu beeinflussen. *die Willensbildung der Organisation am 21. Mai im Ministerium verfaßt mit uns -*

Mitteilung für Offiziele am 1. Juni in der Kulturbewegung
Leider schied Herr Dr. Schreiber ~~bald~~ darauf aus seinem Amte aus, und so konnte Ihnen, Herr Bundesministerium, jene Darstellung gegeben werden, die Sie in Ihrer Antwort an den Abgeordneten Ritzel vertreten haben. Was uns an Ihren Ausführungen darüber hinaus beschäftigt, ist die Bemerkung, daß ^{sich} das Ministerium "aus grundsätzlichen Erwägungen" gegen die Verwendung von Bundesmitteln für einen Preis an Zillich erklärt habe.

Wir bitten Sie ergebenst, uns mitteilen zu wollen, was mit diesen "grundsätzlichen Erwägungen" gemeint ist. Sollen Bundesmittel vom "Südostdeutschen Kulturwerk" grundsätzlich nie für Kulturpreise verwendet werden oder soll grundsätzlich nur Heinrich Zillich von solchen Kulturpreisen ausgeschlossen ^{bleiben} sein, und falls dies zutrifft, aus welchem Grunde?

Wir gestatten uns noch zu betonen, daß ~~gegen~~ die Presseverleumdungen gegen Zillich ~~eine Reihe von~~ schärfsten Protesten verschiedener Landsmannschaften bei den Redaktionen zur Folge hatten, daß ferner das damals in Bonn tagende Präsidium des Verbands der Landsmannschaften gegen die Verdächtigungen ~~und damit auch gegen jenen Beamten Ihres Ministeriums~~ einstimmig auftrat, indem es Zillich ein Glückwunschtelegramm zuschickte. Die Landsmannschaften ~~ausnahmslos~~ wissen, daß eine Verleumdung Zillichs auch ihnen selbst gilt, denn Zillich hat sowohl als Kulturpolitiker - bereits in seiner Heimat vor Jahrzehnten - als auch in seinen dichterischen Arbeiten den europäischen Gedanken verfochten, die kulturelle Begegnung der Völker gefördert und den Chauvinismus als eine Hauptursache des abendländischen Niedergangs dargestellt. In ~~allen seinen Aufsätzen und Reden, sei es als~~ soweit er sich mit diesen Zusammenhängen befaßte, forderte er ^{immer wieder} die Achtung der Völker voreinander und die Sicherung ihrer Freiheitsrechte als einer Voraussetzung einer europäischen Neugeburt.

Angesichts seiner so oft bekundeten Haltung, die durchaus den Zielen der Landsmannschaften und aller Vertriebenen entspricht, ist es für uns sehr schmerzlich, daß das Ministerium die schändlichen Verdächtigungen, die ein ^{unbekannter} ~~kleiner~~ Journalist startete, ~~wichtiger~~ ^{von} für so wichtig hielt, um ^{von} einem weithin bekannten Schriftsteller und ~~den~~ ^{dem} Vorsitzenden unserer Landsmannschaft durch Ihren Mund, Herr Bundesminister, ~~einer~~ öffentlichen ^{abgrenzung. das betrifft} ~~Brückierung auszusetzen, die uns und alle Landsmannschaften mitberührt.~~

Wenn ~~überhaupt~~ ^{hier in} hinsichtlich der Ansichten Heinrich Zillichs überhaupt Zweifel bestehen könnten, so wäre es ~~unserer Meinung nach~~ sehr leicht gewesen, ^{ihn} ~~diese~~ durch ~~eine~~ sachliche Überprüfung der Äußerungen Zillichs zu beheben, und ^{Zillich} ~~er~~ wäre, wie wir wissen, jederzeit bereit, ~~ge-~~ ^{wesen,} Ihnen ~~darüber~~ Rede und Antwort zu stehen.

Wir erlauben uns demnach, nochmals um Auskunft über die Bedeutung des Ausdrucks "aus grundsätzlichen Erwägungen" zu bitten, indem wir loyalerweise nicht verschweigen wollen, daß wir uns vorbehalten müssen, die Angelegenheit auch an anderen Orten zur Sprache zu bringen.

Mit den besten Empfehlungen

...

Präsident D. Dr. Ehlers: Frage 6 ist erledigt

Zu den Fragen 7 und 8 Herr Abgeordneter Ritzel!

Ritzel (SPD), Anfragender: Ich frage die Bundesregierung:

Entspricht es den Tatsachen, daß ein in der deutschen Presse als neofaschistisch bezeichneter Schriftsteller namens Heinrich Zillich aus Bundesmitteln unterstützt ~~xxx~~ werden soll?

Wenn ja, bitte ich um Angabe der Gründe und der Höhe des Betrages, der zu Lasten des Bundes zugewandt werden soll.

Welches Ergebnis hatte der Steuerfahndungsdienst in den einzelnen Ländern der Bundesrepublik in den Rechnungsjahren 1951/52 sowie 1952/53 und in den ersten Monaten des Rechnungsjahres 1953?

Präsident D. Dr. Ehlers: Der Bundesminister für Vertriebene!

Dr. Lukaschek, Bundesminister für Vertriebene:

Das Südostdeutsche Kulturwerk erhält wie andere - ich glaube, es sind im ganzen vier - zur Wahrnehmung kulturpflegerischer Aufgaben der Heimatvertriebenen aus dem Südosten und zur Förderung von heimatvertriebenen Wissenschaftlern, Künstlern und Schriftstellern aus dem Südosten eine Unterstützung aus Bundesmitteln. Als das Bundesvertriebenenministerium aus der Presse erfuhr, daß das Südostdeutsche Kulturwerk einen Literaturpreis 1952 in Höhe von DM 1000.- an den aus Siebenbürgen stammenden Schriftsteller Dr. rer. pol. Dr. phil. h. c. Heinrich Zillich verleihen wollte, hat es aus grundsätzlichen Erwägungen bereits am 30. Mai dem Südostdeutschen Kulturwerk mitgeteilt, daß Bundesmittel dazu nicht verwendet werden dürfen. Daraufhin stellte das Südostdeutsche Kulturwerk die Preisverteilung zurück. Es sind also keinerlei Bundesmittel zu einer Preisverleihung an Herrn Dr. Zillich verwendet worden.

Ritzel (SPD) Anfragender: Eine Zusatzfrage?

Präsident D. Dr. Ehlers: Eine Zusatzfrage, Herr Abgeordneter Ritzel!

Ritzel (SPD), Anfragender: Ist dem Herrn Minister bekannt, daß der genannte Bund die Absicht hat, auf Umwegen aus angeblich eigenen Mitteln diese Preisverleihung doch noch zu vollziehen?

Dr. Lukaschek, Bundesminister für Vertriebene:

Das weiß ich nicht. Wenn er wirklich eigene Mittel hat, was mir nicht bekannt ist, dann könnte er das natürlich tun. Ein Antrag auf Bewilligung von Mitteln für einen Literaturpreis für Dr. Zillich ist nicht vorgelegt worden.

Ritzel (SPD), Anfragender: Ich danke Ihnen Herr Minister.

...

Das Südostdeutsche Kulturwerk, das vom Bundesvertriebenenministerium unterstützt wird, beschloß im März 1953, einen Wissenschaftspreis von DM 1 000 Professor Dr. Harold Steinacker und einen Südostdeutschen Literaturpreis von ebenfalls DM 1 000 Heinrich Zillich zu verleihen. Jede Jury, die einen südostdeutschen Schriftsteller ehren soll, wird zuerst an Heinrich Zillich denken müssen. Damit rechtfertigt sich diese Preisverleihung.

Der Presse wurde die Preisverleihung Anfang Mai mitgeteilt, wobei auch bekanntgegeben wurde, daß die Preisübergabe an Heinrich Zillich durch den Leiter des Südostdeutschen Kulturwerkes Professor Dr. Fritz Valjavec bei der Bischof-Deutsch-Feier in München am 30. Mai stattfinden werde.

Gegen die Preisverteilung nahm die Münchner "Abendzeitung" am 23.5. 1953 unter der Überschrift "Neofaschistischer Preis" kurz Stellung, indem sie ausführte, es gehe nicht an, Bundesgelder an Männer mit "eindeutiger politischer Vergangenheit" zu verteilen; was Zillich betreffe, so habe er seit dem Krieg "Dinge veröffentlicht, die man ohne Übertreibung als neofaschistische Literatur bezeichnen kann." Einen Beweis für diese Behauptung blieb das Blatt schuldig.

Am 28.5.1953 wiederholte dasselbe Blatt seinen Angriff. Diesmal unterzeichnete den Artikel, der die Überschrift "Neofaschistische Literatur - staatlich gefördert" trug, ein Eric A. Peschler. Er nannte verschiedene Zeitschriften, die Beiträge von Zillich veröffentlicht haben, und erklärte diese Blätter für neofaschistisch. Aus einem Aufsatz Zillichs zitierte er einige, aus dem Zusammenhang gerissene Sätze zeitkritischen Inhalts, offenbar mit der Ansicht, mit ihnen Zillichs Gegnerschaft zur Demokratie zu beweisen, was sich aber aus diesen Sätzen gar nicht herauslesen lässt. Zuletzt droht er, daß die Preisverleihung einen Skandal hervorrufen werde, und fordert Minister Lukaschek auf, den Beschluß des Südostdeutschen Kulturwerkes zu revidieren.

Wer ist die "Abendzeitung"? Ein Boulevardblatt ohne geistiges Niveau, das vorwiegend Sensationen aufbauscht und als kräftig herausgestellten Mitarbeiter den berühmten Hans Habe hat. Wer ist Eric A. Peschler? Als HJ-Kulturmann hieß er noch Erich Peschler; seine Beziehungen zu kommunistischen Kreisen müßten aufgeklärt werden.

Seine Anwürfe gegen Zillich suchte er damit zu unterbauen, daß dieser an neofaschistischen Blättern mitarbeite. Wie verhält es sich damit? Peschler nennt hier die Monatsschrift "Der Weg" in Buenos Aires, die nach dem Krieg gegründet wurde und viele deutsche Schriftsteller, darunter Zillich, um Beiträge bat. Wie eine große Reihe seiner Kollegen -

- es seien nur die als Gegner des nationalsozialistischen Regimes bekannten August Winnig und Hans Carossa erwähnt - überließ Zillich dem "Weg" zum Zweitdruck Gedichte, Erzählungen und je einen Aufsatz über die Dichter Josef Weinheber und Agnes Miegel, doch keinen politischen Artikel, alles bereits in Deutschland veröffentlichte Arbeiten. Sie erschienen im "Weg" ausnahmslos in den Jahrgängen 1948 und 1949. Nachher übersandte Zillich dieser Zeitschrift nichts mehr. Wie immer der "Weg" beurteilt werden mag, Zillich war darin nur mit schöngeistigen Arbeiten und literaturkritischen Aufsätzen vertreten.

Peschler nennt ferner die "Klüter-Blätter" als "braunes" Organ des "neonazistischen Deutschen Kulturwerkes Europäischen Geistes" in München. Diese Zeitschrift veröffentlichte zwei Gedichte aus Zillichs 1935 erschienenem Gedichtband "Komme was will" (Langen-Müller-Verlag, München), einen Aufsatz über den Dichter Josef Weinheber, einige Aphorismen und keinen politischen Beitrag. Das Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes in München ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein, zu dessen Ehrenmitgliedern viele deutsche Autoren gehören. Um nur einige zu nennen: die gewiß niemals Nationalsozialisten gewesen Walter von Molo, Wilhelm von Scholz, der verstorbene Wilhelm Schäfer usw. In den "Klüter-Blättern" wurden keineswegs nur Autoren abgedruckt, die dem nationalsozialistischen Regime freundlich gesinnt waren, sondern auch Opfer und Verfolgte dieses Regimes wie Dr. habil Barthel, Prof Dr. Ritter, Prof. Dr. von Frankenberg usw. Diese Zeitschrift neofaschistisch zu heißen, ist unbegründet.

Was die dritte, von Peschler genannte Zeitschrift, "Nation Europa" in Coburg, betrifft, so hatte der Herausgeber des Blattes, der Zillich bis dahin unbekannte Arthur Ehrhardt, ein fast völlig tauber Mann, dem Peschler die Charge eines SS-Generals andichtet, Zillich vor Erscheinen der Zeitschrift aufgesucht und ihn um einen Essay über die europäische Frage gebeten. Dieser Essay wurde in der 1. Nummer von "Nation Europa" abgedruckt. Zillich tritt in seinen Ausführungen nach einer Kritik der Zeitwirrnisse und Darlegung der europäischen Schöpferkräfte und Verurteilung der abendländischen Zwietracht, die uns ins Unheil gerissen habe, für eine Besinnung der europäischen Völker, ihr friedliches Zusammenleben und gegenseitige Achtung ihrer Freiheitsrechte ein, für Ziele demnach, die er seit Jahrzehnten verfocht und auch als Redner der Landsmannschaft oft vertrat. Außer diesem Aufsatz erschien kein weiterer Beitrag von Heinrich Zillich in "Nation Europa". Peschlers Verleumdungen, die er auch im Gewerkschaftsblatt "Arbeit und Welt" wiederholte, sind an den Haaren herbeigezogen und stehen im Widerspruch dazu, daß Zillich schon als Herausgeber der zwischen den beiden Weltkriegen wichtigsten deutschen Kulturzeitschrift des

Südostens, des "Klingsor" in Kronstadt, die geistige Zusammenarbeit der Völker förderte und jederzeit gegen den Chauvinismus auftrat. Diese Einstellung zeigt sich auch in seinen Romanen, von denen besonders "Zwischen Grenzen und Zeiten" schlechthin als das Buch erwähnt zu werden verdient, das in menschlichen Schicksalen die verhängnisvolle Wirkung nationalistischer Verkrampfung gestaltet hat.

Gegen die Anwürfe Peschlers protestierten in der Redaktion der "Abendzeitung" mehrere südostdeutsche Landsmannschaften und der Rechtsanwalt Zillich mit dem Erfolg, daß die "Abendzeitung" als sie in einer sehr kurzen Notiz am 1.6. 1953 die am 31. Mai in der Kulturtagung nach der Bischof-Teutsch-Feier in München erfolgte offizielle Preisverkündung meldete, den Vorwurf, Neofaschist zu sein, Zillich nicht mehr machte, sondern bloß davon sprach, er sei eine umstrittene Persönlichkeit.

Inzwischen aber hatten die Angriffe Peschlers, also die Verleumdungen eines kleinen und verdächtigen Journalisten, trotz ihrer Primitivität und boulevardhaften Niedrigkeit im Bundesvertriebenenministerium auf einen Beamten Eindruck gemacht. Er ließ dem Südostdeutschen Kulturwerk mitteilen, daß die Preisverleihung unterbleiben solle. Das geschah am 30. Mai und wurde von Professor Valjavec den Veranstaltern der Bischof-Teutsch-Feier als Beschluß eines ministeriellen Ausschusses bekanntgegeben. Die Jury trat daraufhin nochmals zusammen, bekräftigte die Preisverteilung, verzichtete aber auf die Preisübergabe bei der Bischof-Teutsch-Feier mit Rücksicht auf das Ministerium und dessen finanzielle Quelle, verkündete aber dann, wie erwähnt, am 31. Mai die Preisverleihung offiziell in der Kulturtagung der Siebenbürgischen Landsmannschaft in München, freilich ohne Zillich den Preis zu überreichen.

Während dieser Vorgänge befanden sich Staatssekretär Dr. Schreiber und Bundesminister Dr. Lukaschek in der Schweiz. Nach seiner Rückkehr teilte Dr. Schreiber Heinrich Zillich am 5. Juni mit, daß es nicht stimme, daß ein ministerieller Ausschuss die Preisverleihung gestoppt habe; es habe sich vielmehr um die persönliche Meinung eines Beamten gehandelt und zwar im Gegensatz zu den Intentionen des Staatssekretärs, der seit jeher auf dem Standpunkt stehe, daß es ein Mißbrauch sei, wenn ein Ministerium die Willensbildung von Organisationen, die es unterstütze, beeinflussen wolle.

Die von Peschler ausgehenden Angriffe gegen Zillich wurden von einigen Blättern und Korrespondenzen kommentiert, teils zustimmend, teils ablehnend, von der Mehrzahl der deutschen Zeitungen nicht beachtet. Bemerkenswert ist dabei eine Stellungnahme der "Süddeutschen Zeitung" in München, die aufs engste mit der "Abendzeitung" verbunden

ist. Die "Süddeutsche Zeitung" griff in ihrem Kommentar am 1.6. den Vorwurf des Neofaschismus nicht auf, warf aber Prof. Steinacher eine Rede vor, die er vor vielen Jahren hielt, und Zillich ein Gedicht, das er beim österreichischen Anschluß an Deutschland geschrieben hatte. Die Auslassungen der Zeitung, die Grund hätte, von verschiedenen ihrer Redakteure nationalsozialistischen Vergangenheitsstaub zu wischen, waren von einer giftigen Bösartigkeit, wie sie bei einer bestimmten Gattung von Presseliteranten sattem bekannt ist. Zudem merkte man, daß die Zeitung von den südöstlichen Zuständen nichts weiß, sich aber auch kein Gewissen daraus macht, Persönlichkeiten zu verdächtigen, deren Werk aus dem Leben des Südostdeutschums nicht weggedacht werden kann. Die Bemerkung der "Süddeutschen Zeitung", Zillich sei während der nationalsozialistischen Regierungszeit von allen diesbezüglichen Instanzen... hoch gefeiert worden", geht daran vorbei, daß Zillich, der schon vor 1933 bekannt war, im Dritten Reich keineswegs nur Zustimmung, sondern auch politische Beschnüfflung und Angriffe erfahren hat. Im übrigen ehrte ihn keine nationalsozialistische Instanz. Er erhielt im Jahre 1937 den Berliner Literaturpreis und den Volksdeutschen Schrifttumspreis des Deutschen Auslandsinstituts sowie das Ehrendoktorat der Universität Göttingen, aber niemals einen Preis, den die nationalsozialistische Partei oder deren Gliederungen verteilte. Die drei eben genannten Ehrungen bezogen sich auf sein Buch "Zwischen Grenzen und Zeiten", also auf einen Roman, der die vom Chauvinismus bewirkten geschichtlichen Erschütterungen darstellte und für die Völkereintracht wirbt. Wenige Tage nach seiner Heimkehr aus der Schweiz trat Dr. Schreiber vom Amt des geschäftsführenden Staatssekretärs im Vertriebenenministerium zurück, und damit veränderte sich die Haltung des Ministeriums, was sich am 24. Juni im Bundestag zeigte, als der sozialdemokratische Abgeordnete Ritzel, zu dem Peschlers Weg nicht weit gewesen sein wird, den Bundesminister Dr. Lukaschek fragte, ob für die Preisverleihung Bundesmittel ausgegeben worden seien. Minister Lukaschek, ebenfalls vor kurzem erst aus der Schweiz zurückgekehrt und über die Vorgeschichte offenbar nun im Sinne jenes Beamten unterrichtet, ^{antwortete} sein Ministerium habe am 30. Mai - also zu einer Zeit, als nur die Angriffe Peschlers vorlagen - dem Südostdeutschen Kulturwerk mitgeteilt, daß Bundesmittel für den Preis "aus grundsätzlichen Erwägungen" nicht verwendet werden dürften; sofern aber das Kulturwerk eigene Mittel dafür ausbebe, könne es dies natürlich tun. Es sagte weiter, das Ministerium habe von der Preisverleihung aus der Presse Kenntnis erhalten.

Diese Bemerkung erscheint sehr seltsam, denn der Vorsitzende des Süd-

ostdeutschen Kulturwerkes ist Herr Franz Hamm, ein Angestellter des Bundesvertriebenenministeriums, der die Preisverleihung nicht nur zustimmte, sondern bei ihr mitwirkte, wie er ja auch seine Verehrung für Zillich oft genug äußerte. Das Ministerium muß also schon viele Wochen, ehe die Presse von der Preisverteilung unterrichtet wurde, von Herrn Hamm informiert gewesen sein, ohne eine Veranlassung zu sehen, gegen die Preisverteilung einzuschreiten. Oder sollte man wirklich glauben, daß Herr Hamm dem Ministerium einen solchen Beschluß des Südostdeutschen Kulturwerkes verschwieg. Aus welchem Grunde? Da war doch nichts zu verbergen. Herr Hamm hält Zillich für den wichtigsten, heute lebenden südostdeutschen Dichter. Das wird auch das Ministerium nicht bestreiten. Es lag bei sachlicher Beurteilung kein Grund vor, Zillich den Preis zu verweigern.

Erst als Eric A. Peschler Zillich verleumdete, wurde im Ministerium ein Beamter, und das war zunächst nicht Herr Hamm, bedenklich. Es genügte ihm ein kleiner Winkeljournalist, um die Abwesenheit Dr. ~~SEHR~~ Schreibers am 30. Mai das Südostdeutsche Kulturwerk anzuweisen, den Preis nicht zu verteilen. Als Dr. Schreiber zurückkehrte, war für wenige Tage die Angelegenheit im Wege vernünftiger Regelung, doch wie er sein Amt niederlegte, bedurfte es bloß einer kleinen Anfrage, um jene am 30. Mai erfolgte Weisung eines Beamten nachträglich zur Sache des Ministeriums zu machen! Und Dr. Lukaschek sagte, keineswegs korrekt, es habe sich schon am 30. Mai um einen Widerspruch des Ministeriums gehandelt.

Unaufgeklärt ist noch, was Minister Lukaschek mit den "grundsätzlichen Erwägungen" meinte, die die Preisverleihung an Zillich ausschließe. Soll das Südostdeutsche Kulturwerk niemals Preise verleihen? Soll es, obgleich seine Aufgabe darin besteht, südostdeutsche Kulturgüter zu fördern, nur Literaturpreise grundsätzlich meiden, denn Minister Lukaschek erwähnte den Wissenschaftspreis nicht, oder soll grundsätzlich nur Heinrich Zillich, an den man bei einem solchen Preis immer zuerst denken wird, davon ausgeschlossen bleiben?

Ist das Letztere der Fall, so hat es ein Journalist vom Schlage Peschlers wahrhaftig fertiggebracht, daß ein Ministerium, das dem Ostdeutschtum dienen soll, von einem wesentlichen Vertreter des Südostdeutschums abrückte - nicht etwa, weil dieser eine solche Behandlung verdiente, nein weil er verleumdet wurde. Von Herrn Eric A. Peschler!!

Aber diese unglaublich ministerialbürokratische Haltung, die einen Verleumder für wichtiger nimmt als einen weithin bekannten Mann, dem man in der Sache überhaupt nicht befragte, diese unglaubliche Haltung richtet sich nicht bloß gegen Heinrich Zillich, sondern ebenso scharf

gegen die Siebenbürgische Landsmannschaft, deren 1. Vorsitzender Zillich ist. Man hat gerade die Siebenbürger Sachsen, auch von höchst offizieller Stelle aus, immer wieder mit Lob überschüttet. Anlässlich des siebenbürgischen Heimattages zu Pfingsten in Dinkelsbühl wurde die siebenbürgische Landsmannschaft ihrer politischen Mässigung und Klugheit wegen in der Presse und im Rundfunk ~~anerkannt~~ gewürdigt. Wer war in Dinkelsbühl neben dem Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers und Minister Kraft der siebenbürgische Redner ? Heinrich Zillich ! Sind Zillichs Ansichten nicht allgemein bekannt ? Hat er nicht beim 1. Bundeskongreß der Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften die Ziele und Ideen aller Landsmannschaften verfochten. Ist seine Ansprache nicht aus Bundesmitteln gedruckt und neulich wieder frisch aufgelegt worden ?

Es gibt immer noch politische Ketzerriecher in den Zeitungen, trübe Erscheinungen, die oft selbst Butter auf dem Kopf haben, und sie treiben nichts lieber, als zu verleumden und zu verdächtigen. Zillich ist freier Schriftsteller, der niemals ein Amt innehatte, der den größten Teil seines Lebens im Ausland verbrachte. Welcher Dichter wäre von Gegnerschaft irgendwelcher obskurer kleiner Literaten nicht geplagt worden ?

Ist das ein vertretbarer Grund, daß ein Ministerium von ihm abrücke, ihn damit zugleich beruflich schwer schädigte, ihn und seine Landsleute vor den Kopf stoße und zugleich - und dies ist ebenfalls zu beachten - auch dem Verband der Landsmannschaften einen Schlag versetzte ? Denn der Verband der Landsmannschaften stellte sich durch sein Präsidium sogleich, als die Verleumdungen Peschlers laut wurden, am 30. Mai mit einem Glückwunschtelegramm zur Preisverteilung hinter Zillich. Der Verband der Landsmannschaften machte dasselbe, was schon vorher die südostdeutschen Landsmannschaften mit ihren Protesttelegrammen an die "Abendzeitung" und an die "Süddeutsche Zeitung" getan hatten. Sie traten allesamt für den Dichter des Südostdeutschtums ein.

Noch ein Punkt bedarf der Erwähnung. Wenn ein Kulturwerk einen Mann ehrt, doch eine Zeitung dagegen geifert, wenn gar ein Ministerium sich von Gegeifer beeindrucken lässt, wird man wohl erwarten können, daß das Kulturwerk sich dazu äußert und den in Schutz nimmt, den es ehrt. Gewiß, die Jury bekräftigte ihren Spruch und verkündete ihn auf der Kulturtagung in München am 31. Mai. Aber was sagte der Vorsitzende des Südostdeutschen Kulturwerkes Franz Hamm ? Er wäre verpflichtet gewesen, die gegen Zillich gerichteten Verleumdungen mit einer Erklärung des von ihm geleiteten Kulturwerks entschieden zurückzuweisen und als unbegründet zu brandmarken. Das tut man doch ! Es ist keine ähnliche Stelle denkbar, die dies unterlassen hätte ! Herr Franz

Hamm schwieg ! Seine Aufgabe wäre es gewesen, da er ja Beamter des Ministeriums ist, dieses aufzuklären und Minister Lukaschek reinen Wein einzugießen. Warum versäumte er es? War er, als er schwieg, nur dienstbeflissener Beamter des Ministeriums, war er nicht zugleich auch Vorsitzender des Südostdeutschen Kulturwerkes, an dessen Beschlüsse er gebunden ist und dessen Ehre er wahren muß ? Man kann nicht zwei Herren dienen ! Man kann nicht bei der ^{Verleihung} ~~Verleihung~~ eines Preises mitwirken und dann stillschweigend hinnehmen, daß eine andere Instanz alles über den Haufen wirft. Und jener von Hamm geehrte Mann ist Zillich, dem er noch am 26. Juni sagen ließ, er verehere ihn, aber er könne nichts machen gegen das Ministerium. Man pflegt in solchen Fällen sein Amt niederzulegen, und zwar nicht etwa schweigend und heimlich, sondern mit der nötigen hörbaren und sichtbaren Deutlichkeit, die einem Sprecher einer Landsmannschaft zusteht, wie es Herr Hamm auch ist, wie es einem Kirchenpräsidenten, der er ebenfalls war, noch mehr zusteht, und wie es gar einem einstigen Abgeordneten zusteht, der eine Volksgruppe während des letzten Krieges in Budapest vertreten hat. Wie stellt sich Herr Hamm die weitere Entwicklung dieser Angelegenheit vor? Der Preis ist an Zillich verliehen, die Verleihung wurde von der Jury am 30. Mai nochmals bestätigt, am 31. Mai offiziell verkündet. Die Preisübergabe freilich ist hinausgeschoben worden. Das ist doch keine Lösung. Das ist eine Ausflucht. Minister Lukaschek erklärte, wenn das Südostdeutsche Kulturwerk aus eigenen Mitteln die Summe aufbringe, so sei gegen den Preis nicht einzuwenden. Diese Äußerung des Ministers ist unkorrekt, dennwenige Tage vorher hatte das Ministerium beim Geschäftsführer des Kulturwerkes Professor Valjavec angefragt, ob der Preis aus Bundesmitteln oder aus eigenen bezahlt werden solle. Valjavec antwortete, es werde aus eigenen Mitteln gegeben. Nun also? Wird er nun ausbezahlt oder nicht ?

Es ist mit Zillich ein übles Spiel getrieben worden, das die Landsmannschaften ebenso wie ihn trifft. Es wird die Sache des Verbands der Landsmannschaften sein, das Ministerium in gebotener Weise aufmerksam zu machen, daß solche Praktiken unerträglich sind.

Herrn
Bundesminister Dr. Lukaschek
Bonn

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

am 24. Juni richtete der Abgeordnete Ritzel (SPD) im Bundestag an Sie die Anfrage, ob es den Tatsachen entspreche, daß "ein in der deutschen Presse als neofaschistisch bezeichneter Schriftsteller namens Heinrich Zillich aus Bundesmitteln unterstützt werden soll?"

Da Dr. Heinrich Zillich unser 1. Vorsitzender ist, erlauben wir uns, sowohl zu dieser Anfrage als auch zu Ihrer Antwort Stellung zu nehmen.

Was die Bemerkung des Herrn Ritzel betrifft, daß Zillich "in der deutschen Presse" als neofaschistisch bezeichnet werde,¹⁰ sei betont, nicht die deutsche Presse hat Zillich als Neofaschisten verleumdet, sondern ein Herr Eric A. Peschler, dessen Beziehungen zu kommunistischen Kreisen einer Aufhellung ^{befürworten} nötig waren, hat es in einem Münchner Boulevard-Blatt, in der "Abendzeitung", und im Gewerkschaftsblatt "Arbeit und Welt" getan. Wenn etliche andere Zeitungen das Echo aufgriffen, so schwatzten sie nach, was Peschler vorgelogen hat, ~~doch~~ bezeichnenderweise hüteten sich wichtigere Zeitungen, den Vorwurf des Neofaschismus zu wiederholen; ~~das~~ ein kommunistisches Blatt, ^{freilich} - wieder recht bezeichnend - hatte da keine Hemmungen. Daß bei der Verbindung Peschlers zu einem Gewerkschaftsblatt der Weg zum sozialdemokratischen Abgeordneten Ritzel nicht weit war, dürfte auf der Hand liegen.

Was die Haltung des Ministeriums zur Preisverleihung anbelangt, so verweisen wir darauf: daß das "Südostdeutsche Kulturwerk" bereits im März die Freiszuteilung an Zillich beschlossen hat und zwar mit der Erwägung, daß Zillich ihn als der bedeutendste südostdeutsche Dichter ^{ganz} ~~als erster~~ verdiene. Keine Jury, die einen solchen Preis verteilt, wird anders urteilen können. Nun ist der Vorsitzende des "Südostdeutschen Kulturwerkes" Herr Franz Hamm; ^{er stimmte} ~~der~~ der Preisverteilung ~~zustimmte~~ und dabei mitwirkte. Herr Hamm ist aber auch Beamter Ihres Ministeriums, Herr Bundesminister, und damit ^{nicht} ~~ist~~ offenbar, daß Ihr Ministerium schon im März von der Preisverleihung Kenntnis hatte. Übrigens brachten die Zeitungen die Nachricht von der Preisverteilung mehrere Wochen, bevor

sich Herr Peschler bemerkbar machte.

Freilich erst seine Verdächtigungen führten dazu, daß sich in Ihrem Ministerium, ^{in Anwesenheit} des Herrn Staatssekretärs Dr. Schreiber, ein Beamter gegen die Preisverleihung aussprach. Es war, wie wir aus einem Brief des Herrn Dr. Schreiber vom 5. Juni wissen, eben nur ein Beamter, ~~und~~ nicht das Ministerium selbst, und ^{er} ~~hat~~ ^{grahm} dabei, wie Dr. Schreiber ~~mitteilte~~, ^{Dr. Schreiber} gegen dessen Intentionen gehandelt, denn Dr. Schreiber ~~ist~~ lehnte es grundsätzlich ab, ^{daß} die Tatsache, daß eine Organisation durch Mittel des Ministeriums unterstützt werde, (dazu zu mißbrauchen)

- wir wiederholen seine Worte - (die Willensbildung der Organisation zu beeinflussen). *Im übrigen bekräftigte das Südostdeutsche Kulturbund am 31. Mai nochmals mit im Reichstags-
ling normale und ordentliche in offiziell am 1. Juni in der Kulturstellung, unter Landmannschaft in München.*

Leider schied Herr Dr. Schreiber ~~bald~~ darauf aus seinem Amte aus, und so konnte Ihnen, Herr Bundesministerium, jene Darstellung gegeben werden, die Sie in Ihrer Antwort an den Abgeordneten Ritzel vertreten haben. Was uns an Ihren Ausführungen darüber hinaus beschäftigt, ist die Bemerkung, daß ^{sich} das Ministerium "aus grundsätzlichen Erwägungen" gegen die Verwendung von Bundesmitteln für einen Preis an Zillich erklärt habe.

Wir bitten Sie, ~~angehenst~~, uns mitteilen zu wollen, was mit diesen "grundsätzlichen Erwägungen" gemeint ist. Sollen Bundesmittel vom "Südostdeutschen Kulturwerk" grundsätzlich nie für Kulturpreise verwendet werden oder soll grundsätzlich nur Heinrich Zillich von solchen Kulturpreisen ausgeschlossen ~~sein~~ ^{bleiben}, und falls dies zutrifft, aus welchem Grunde?

Wir gestatten uns noch zu betonen, daß ~~gegen~~ die Presseverleumdungen gegen Zillich ~~eine Reihe von~~ ^{schärfsten} ~~Protesten~~ verschiedener Landsmannschaften bei den Redaktionen zur Folge hatten, daß ferner das damals in Bonn tagende Präsidium des Verbands der Landsmannschaften gegen die Verdächtigungen und damit auch gegen jenen Beamten Ihres Ministeriums ~~einstimmig~~ auftrat, indem es Zillich ein Glückwunschtelegramm zuschickte. Die Landsmannschaften ~~ausnahmslos~~ wissen, daß eine Verleumdung Zillichs auch ihnen selbst gilt, ~~denn~~ Zillich hat sowohl als Kulturpolitiker - bereits in seiner Heimat vor Jahrzehnten - als auch in seinen dichterischen Arbeiten den europäischen Gedanken verfochten, die kulturelle Begegnung der Völker gefördert und den Chauvinismus als eine Hauptursache des abendländischen Niedergangs dargestellt. In ~~allen seinen Aufsätzen und Reden, wo es als~~ ^{immer wieder} ~~sich mit diesen Zusammenhängen befaßte,~~ forderte er ~~die~~ Achtung der Völker voreinander und die Sicherung ihrer Freiheitsrechte als einer Voraussetzung ~~einer~~ europäischen Neugeburt.

Angesichts seiner so oft bekundeten Haltung, die durchaus den Zielen der Landsmannschaften und aller Vertriebenen entspricht, ist es für uns sehr schmerzlich, daß das Ministerium die schändlichen Verdächtigungen, die ein ~~kleiner~~ ^{unbekannter} Journalist startete, ~~wichtiger~~ für so wichtig hielt, um ~~einen~~ ^{von} weithin bekannten Schriftsteller und ~~dem~~ Vorsitzenden unserer Landsmannschaft durch Ihren Mund, Herr Bundesminister, einer öffentlichen ~~Brückierung~~ ^{abgrenzung. das betrifft} auszusetzen, die uns und alle Landsmannschaften mitberührt.

Wenn ~~überhaupt~~ ^{über die} hinsichtlich der Ansichten Heinrich Zillichs überhaupt ~~Zweifel~~ ^{ein} bestehen könnten, so wäre es ~~unserer Meinung nach~~ sehr leicht gewesen, ~~diese~~ ^{ihn} durch eine sachliche Überprüfung der Äußerungen Zillichs zu beheben, und ~~es~~ ^{Zillich} wäre, wie wir wissen, jederzeit bereit, ~~gewesen~~ Ihnen darüber Rede und Antwort zu stehen.

Wir erlauben uns demnach, nochmals um Auskunft über die Bedeutung des Ausdrucks "aus grundsätzlichen Erwägungen" zu bitten, indem wir loyalerweise nicht verschweigen wollen, daß wir uns vorbehalten müssen, die Angelegenheit auch an anderen Orten zur Sprache zu bringen.

Mit den besten Empfehlungen

(Dr. Pfeleiderer)

- (A) fonds zu schaffen, um in gemeinsamer Anstrengung die Aufgaben zu lösen.

Bei der Schaffung des Fonds wird es sich dann vielleicht darum handeln, die aufgebrachten Beträge zu teilen, und zwar in einen Teil, der in dem Land ausgegeben werden soll, in dem er aufgebracht worden ist, und in einen anderen Teil, der transferierbar sein soll.

Die Frage dieses europäischen Kulturfonds wurde vor kurzem im Ministerausschuß des Europarats behandelt. Die Herren Minister waren aber über die Angelegenheit offenbar nicht ganz zutreffend unterrichtet. Insbesondere scheinen die Minister in Straßburg diese rein kulturelle Angelegenheit in politischen Zusammenhängen gesehen zu haben, in die sie einfach nicht gehören. Die ablehnende **Haltung des Straßburger Ministerausschusses** hat jedenfalls im zuständigen Ausschuß der Beratenden Versammlung tiefste Enttäuschung hervorgerufen. Ich möchte annehmen, daß der Vermittlungsausschuß zwischen der Beratenden Versammlung und dem Ministerausschuß angerufen werden wird. Es wäre deshalb sehr zu begrüßen, wenn der deutsche Vertreter im Ministerausschuß von der Bundesregierung angewiesen würde, sich bei den neuen Beratungen für den Kulturfonds auszusprechen.

Mit großer Hoffnung erfüllt uns die **Erklärung des belgischen Außenministers van Zeeland**, der auf die ernste und eindringliche Rede des Vorsitzenden des Sonderausschusses, Major Tufton Beamish, in der Beratenden Versammlung am 8. Mai erwiderte: „Wahrscheinlich sind die Regierungen gezwungen gewesen, Antworten zu erteilen, die nicht ihren inneren Gefühlen entsprechen“. Ich würde nun wünschen, Herr Präsident, daß die Minister in

- (B) Straßburg und besonders der deutsche Vertreter eine Antwort fänden, die ihren inneren Gefühlen, aber auch den Gefühlen dieses Hohen Hauses und denen der Millionen Angehörigen der osteuropäischen Nationen, die im Westen leben, entspräche.

Ich bitte deshalb, dem Punkt 5 des Antrags, der sich auf den europäischen Kulturfonds bezieht, Ihre Zustimmung zu erteilen.

Präsident Dr. Ehlers: Das Wort hat Herr Abgeordneter Graf Spreti.

Graf von Spreti (CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Schriftliche Bericht weist zwei Sätze auf, die vielleicht von besonderer Bedeutung sind. Der erste lautet:

Der deutschen Politik ist aber auch aufgegeben, sich mit jenen Notwendigkeiten auseinanderzusetzen, die sich aus der Nachbarschaft zu den Völkern im Osten ergeben.

Im zweiten Satz heißt es:

Während des Krieges ist versucht worden, die Ostforschung einer brutalen und verhängnisvollen Politik in den besetzten Gebieten dienstbar zu machen.

Wer den allgemeinen Redejargon im Tagesgebrauch beobachtet und dabei feststellt, wie die Geschichte oft dazu benützt wird, Meinungen zu bilden und auf andere Leute irgendwie geistesbildend einzuwirken, wird erkennen, wie oft man völlig un-

Wir sehen, daß im Grunde genommen besonders jetzt, wo so viele Heimatvertriebene in diesem Gebiet leben, von den Heimatvertriebenen am allermeisten die **Ostforschung** gewünscht wird, weil man auch, und gerade in diesen Kreisen, so stark empfindet, wie sehr man aus Unkenntnis der nachbarschaftlich-geschichtlichen Entwicklung der Nachbarn Fehler begangen hat. Die Zeit, die wir heute erleben und in der die Kontinente durch Rakete und Flugzeug immer mehr aneinanderwachsen — denken wir nur einmal an Europa und Amerika —, zwingt uns, auch zu diesen Problemen Stellung zu nehmen und die geschichtlichen Verbindungen sogar bis in die Überseegebiete zu studieren.

Wenn es daher in dem Antrag des Ausschusses unter Punkt 2 heißt: „auf die Länder dahin einzuwirken, daß im **Schulunterricht eine gründliche Kenntnis Ost- und Südosteuropas** gewährleistet wird“, so ist dies, glaube ich, mit der wichtigste Punkt. Gerade schon bei unserer Jugend soll darauf hingewirkt werden, daß die geschichtlichen Begebenheiten der Zeiten von Generationen zurück bekannt sind und nicht in einer verzerrten nationalistischen Weise mißbraucht werden. Wir müssen den Mut haben, diese Geschichtsforschung aus der Gegenwart heraus mit Leidenschaftslosigkeit — wie man es gerade mit dem neugebildeten Institut in Mainz versucht — objektiv zu betreiben. Wir müssen auch den Mut haben, unsere **Fehler der Vergangenheit** und das, was passiert ist, anzuerkennen, ob es Auschwitz oder Maidanek ist oder ob es auf der anderen Seite die Vertriebenen sind. Dies sind geschichtliche Fakten, die zur Meinungsbildung gehören und die wir nicht aus der Gegenwart heraus, weil sie unangenehm sind, vergessen wollen. Aus diesem Grunde begrüßt die CDU/CSU-Fraktion den Antrag und unterstützt ihn.

(Beifall in der Mitte.)

Präsident Dr. Ehlers: Das Wort hat der Abgeordnete Brandt.

Brandt (SPD): Meine Damen und Herren! Ich möchte namens meiner politischen Freunde zunächst an die Adresse jener **Forscher und Sachverständigen** ein Wort der Anerkennung richten, die auf dem heute von uns erörterten Gebiet in den vergangenen Jahren unter schwierigen Bedingungen eine vielfach verkannte, aber im ganzen beachtliche und in vielem wertvolle Aufbauarbeit geleistet haben. Dieser Arbeit liegen in weitem Umfang persönliche Opfer und private Anstrengungen zugrunde. Aber es hat der finanziellen Förderung durch die Länder und den Bund bedurft, und gerade durch diesen Antrag wird um eine verstärkte Förderung gebeten. Wir begrüßen die Schritte, die in der Richtung auf eine **sinnvolle Koordinierung** erfolgt sind. Aber ich möchte auch deutlich aussprechen, daß uns die bisherige Praxis der dafür zuständigen Bundesstellen in mancher Hinsicht nicht befriedigen konnte. Was für die Förderung der Forschung im allgemeinen gilt, das trifft für die Förderung der wissenschaftlichen sogenannten Ostforschung im besonderen Maße zu. Wir haben **unzweckmäßige Überschneidungen** zwischen den Ministerien feststellen müssen, und der sachlich er-

Vries (FDP): Herr Präsident! Meine Damen Herren! Meine politischen Freunde von der begrüßen sowohl die Anträge, die in Form der Anhörungen vorgelegt sind, wie den Bericht des Ausschusses. Wir begrüßen vor allem, daß die Fragen in diesem Bericht angeschnitten sind, erst- und grundlegend vor dem Bundestag verhandelt werden können. Ich darf mir erlauben, auf einige Fragen einzugehen.

Ich glaube, es ist von ganz besonderer Bedeutung, wenn in diesem Bericht unmißverständlich hingewiesen wird, daß die deutsche Wissenschaft ihren alten Ruf des Trägers einer objektiven Wissenschaft wieder klar unter Beweis stellen muß. Die deutsche Wissenschaft ist — ich will hier den Ausdruck „entpolitisieren“ gebrauchen — wieder auf ihre alte Grundlage, die sich viele Jahrzehnte hindurch bewährt hat, zurückgekehrt und widmet sich streng der objektiven Wissenschaft. Darf ich Ihnen an zwei kleinen Beispielen erklären versuchen, worum es sich in dieser Hinsicht handelt. Denken wir an Volkstumskarten. Wenn die Wissenschaft eine derartige Frage objektiv behandelt, kann es sehr leicht geschehen, daß eine solche Volkstumskarte zu politischen Zwecken mißbraucht werden kann, denn kleine technische Kniffe kann z. B. erzielt werden, daß die Stärke eines Volkstums in einem Lande oder einem Staat optisch viel mehr hervortritt, als es der tatsächlichen Lage entspricht. Oder ein weiteres Beispiel: Eine Grenze, mag sie politisch, geographischer oder anderer Art sein, ist an sich ein objektiver Tatbestand. Wenn die Wissenschaft nicht rein objektiv in dem Sinne, wie ich mir das darzulegen erlaubte, arbeitet, können wieder ganz kleine Tricks dazu benutzt werden, die Grenzen zu verschleiern, anstatt sie klar herzutreten zu lassen.

Zusammenfassend darf ich noch einmal sagen, daß gerade nach den Vorkommnissen während der letzten zehn Jahre unsere deutsche Wissenschaft aller Kraft darauf dringen wird, wiederum der objektiven Forschung Tür und Tor zu öffnen und ein einziges Ziel ihrer Arbeit die objektive Forschung hinzustellen und durchzuführen.

Im ostdeutschen Unterricht ist, wenn ich so sagen darf, von privater Seite erhebliches Interesse gemeldet worden, und zwar nicht nur dem Unterricht in den Schulen, sondern auch der Lehre auf den Universitäten. Die ostdeutschen Landsmannschaften haben u. a. mit Interesse verfolgt, wie es diese Frage an den Hochschulen steht. Aus einigen Zahlen, die ich Ihnen vorlegen darf und die vielleicht auch ein Bild vermitteln, ergibt sich, wieviel auf diesem Gebiet noch nachgeholt werden muß. Im Wintersemester 1951/52 waren im Ostgebiet und in Westberlin Fragen der Heimatvertriebenen und ostdeutschen Fragen insgesamt — ich bitte, die Zahl zu beachten — 21 Vorlesungen von insgesamt rund 15 000 Vorlesungen gemeldet. Im Sommersemester 1952 waren 39 Vorlesungen dieser Art festzustellen, wobei auch die deutschen Hochschulen einbezogen sind, wodurch die Zahl der Gesamtvorlesungen auf 30 000 ansteigt. Schließlich wurden im Wintersemester

Hoffnung Ausdruck geben, daß künftig die Vorlesungen, die osteuropäischen, ostdeutschen und Vertriebenenfragen gewidmet sind, in weit stärkerem Maße als bisher im Vorlesungsverzeichnis der Hochschulen hervortreten werden.

(Präsident Dr. Ehlers übernimmt wieder den Vorsitz.)

Es wird Sie vielleicht interessieren, meine Damen und Herren, daß im Hinblick auf den Schulunterricht gerade auf Initiative von Heimatvertriebenen in einem Land, und zwar in Schleswig-Holstein, eine Lösung versucht wurde, die meiner Auffassung nach beispielhaft sein kann. Es ist dort auf Anregung der ostdeutschen Landsmannschaften ein Arbeitskreis „Unterricht ostdeutscher Raum“ gebildet worden, an dem Vertreter der Landesregierung, der Lehrervereinigungen und des Kultusministeriums teilnehmen. Das Ziel dieses Arbeitskreises ist die Intensivierung des Unterrichts im angestrebten Sinn, wobei bei jedem Kreisschulrat ein Fachreferat errichtet worden ist. Aus diesem kleinen Beispiel — es liegen noch andere vor — ersieht man, daß man beim Zusammenfallen der privaten Initiative mit der behördlichen zu sehr erheblichen Ergebnissen kommen kann. Wir dürfen hoffen, daß dieses Beispiel bald Schule machen wird.

Ich sehe, daß meine Redezeit eigentlich zu Ende ist. Ich darf mit folgendem abschließen: Der Hinweis darauf, daß die Exilgruppen gewisse finanzielle Unterstützungen erhalten sollen, wird von uns warm begrüßt, weil insbesondere die Heimatvertriebenen sich darüber klar sind, daß die Exilgruppen ebenso Vertriebene sind wie wir und wir dasselbe Schicksal mit ihnen tragen. Wir begrüßen gerade deshalb den Punkt 5 der Entschließung.

(D)

Präsident Dr. Ehlers: Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Pfeleiderer für den Rest der Redezeit.

Dr. Pfeleiderer (FDP): Herr Präsident! Wenn ich um das Wort gebeten habe, um zu Punkt 5 des Antrags einiges auszuführen, dann deshalb, weil ich mit dem europäischen Kulturfonds in dem zuständigen Sonderausschuß des Europarats in Straßburg seit zwei Jahren befaßt gewesen bin. Ich darf vielleicht bitten, die kurze Zeit, die ich zu diesen Ausführungen brauche, nicht auf die Redezeit meiner Fraktion anzurechnen.

Es handelt sich kurz um folgendes: Im Laufe der letzten 14 Jahre, d. h. seit Ausbruch des Krieges, sind Millionen von Einwohnern aus Osteuropa ausgewandert und leben nun in den westlichen Ländern. Es ist klar, daß diese Personen mit ihrer heimischen Kultur aufs engste verbunden geblieben sind und den Wunsch haben, ihre Kultur auch in den Aufnahmелändern zu pflegen. Europa ist ja nicht ein melting pot, nicht ein Schmelztiegel. Die Lage in Europa ist eine andere. Der Reichtum Europas hat von jeher in der Vielfalt und der Gleichberechtigung seiner Kulturen bestanden. Wir können deshalb die Auswanderer nicht einfach auf den Weg der Assimilation und der Entnationalisierung verweisen.

Nun ist es klar, daß die hier auftauchenden kulturellen Fragen nicht alle auf dem Gebiet und

b) wir möchten die Gewähr für eine **möglichst alle Verwendung der öffentlichen Mittel**

Wir halten es andererseits auch im Interesse der deutschen Wissenschaft für untragbar, daß Grundlagenforschern sozusagen berufsmäßige „Kosten“ gemacht werden; ich meine damit die sich auf permanenter Jagd nach diesem einem Fonds befinden, aus dem man mit oder jener Begründung vielleicht noch etwas tun kann.

Ich bitte Sie mich ebenso offen folgendes sagen. Ich setze als sozialdemokratische Fraktion ein Zeichen hinter manche der Vorhaben, die bis zu einzelnen Bundesministerien gefördert worden sind. Nicht alle Publikationen, die nur mit öffentlichen Zuschüssen erscheinen können, unter jene Voraussetzungen, von denen der Bundespräsidenten Ausschusses spricht. Wir tun einige Dinge, z. B. in der Zeitschrift einer Gesellschaft, die sich des besonderen Wohlwollens des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen erfreut, lesen müssen, die einer peinlichen Verdrückung der nazistischen Ostpolitik gleichen.

(Hört! Hört! bei der SPD.)

Ich verstehe, wenn man heute wieder von einem Fall hören kann, in dem beträchtliche Mittel eines subventionierten Instituts einem Schriftsteller zugeflossen sollen, dessen Färbung im zwölfjährigen Alter so tief saß, daß eine Entbräunung nicht ohne weiteres als überzeugend angenommen werden

(Zurufe von der SPD: Hört! Hört! — Skandal!)

Ich verstehe überhaupt der Meinung, daß ein klarer Trennungsstrich gezogen werden sollte zwischen wissenschaftlichen Forschung über osteuropäische Probleme und den Ambitionen solcher Leute, die sich zur politischen Propaganda befähigen. Die Entscheidung der politischen Führung, für die zu sprechen ich die Ehre gegen den kommunistisch verbrämten Totalitarismus ist definitiv und kompromißlos. Aber, meine Damen und Herren, wir meinen, gerade im Zusammenhang mit der Ostforschung und mit der Politik, daß simpler Antibolschewismus allein kein Programm der deutschen Politik sein

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Antibolschewismus allein ist keine auch nur halbwegs ausreichende Antwort auf die Frage unseres Verhältnisses zum Osten. Wir sollten immer wieder nachhaken suchen, auf welchem Hintergrund sich gegenwärtigen Herrschaftsformen im sowjetischen Machtbereich entwickelt haben. Wir sollten bemühen zu erfassen, was sich heute aus dem ergeben hat, damit wir Anhaltspunkte für die Einschätzung der künftigen Entwicklung finden können. Wir sollten — und da schließe ich mich dem an, was Kollege Graf von Spreiti soeben geführt hat — uns über folgendes ganz klar sein. Auch angesichts des schweren Unrechts, das uns in unserer Landsleute zugefügt wurde, dürfen wir dennoch nicht jenes Leid vergessen, das uns durch die vahnwitzige Politik unseren östlichen Nachbarn zugefügt hat. Wir sollten uns vielleicht auch

sinn, ein Gleichheitszeichen zwischen anderen Völkern und ihren Regimen zu setzen. Das weltweite Ringen zwischen den Kräften der Freiheit und denen der Knechtschaft läßt sich nicht in das geographische Schema einer Scheidung zwischen Ost und West hineinzwängen.

Wir dürfen und wir können uns nicht herzlos gegenüber den landflüchtigen Opfern des Totalitarismus verhalten. Aber wir können auch Lehrlungen der einen Diktatur nicht zubilligen, daß sie die rechten Schulmeister in der Auseinandersetzung mit dem neuen Totalitarismus seien.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Mit anderen Worten, wir wünschen aus **echter Anteilnahme am Schicksal der Ostemigration eine Stützung ihrer kulturellen Einrichtungen**, aber wir empfehlen äußerste Zurückhaltung gegen Bestrebungen antidemokratischer, nationalistischer und irredentistischer Art. Es fehlt uns — ich darf das ganz offen sagen — nicht an menschlichem Verständnis auch gegenüber solchen Kreisen, deren frühere Tätigkeit sie in Gegensatz zu den Ideen der Freiheit und der Demokratie gebracht hatte und die seitdem um einen neuen Standort ringen. Was wir jedoch nicht wollen, ist, daß die Bundesrepublik in den Verdacht gerät, zu einem **Naturschutzpark** zu werden, in dem Abarten eines **übersteigerten Nationalismus** oder gar terroristische Gruppen gepflegt werden.

(Beifall bei der SPD.)

Ich sage das darum, weil wir für alle Zukunft sicher sein möchten, daß sich Vertreter unseres Staates nicht von Gruppen in Anspruch nehmen lassen, deren Bestrebungen in eklatantem Widerspruch zu jenen Erfahrungen stehen, die unser Volk teuer bezahlen mußte.

(Sehr gut! bei der SPD.)

Wir können der Bundesregierung schließlich bei der Beratung dieses Gegenstandes nicht den Vorwurf ersparen, daß die Schmalspurigkeit ihrer auswärtigen Politik sie vielleicht gelegentlich dazu verleitet hat, die **Erfordernisse unserer Ostpolitik** beim Aufbau des Auswärtigen Amtes und auf anderen Gebieten in bedenklicher Weise zu vernachlässigen.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Das ist bedauerlich, denn die Notwendigkeit einer ernstesten und möglichst objektiven Auseinandersetzung mit den Problemen besteht auch dann, wenn man die **Möglichkeiten eines Ausgleichs mit dem politischen Osten** gegenwärtig als gering einschätzen sollte. Uns stellt sich die Frage so dar, daß die Unnachgiebigkeit gegenüber jedem Versuch der Unterwerfung ebenso klar sein sollte wie unser Wunsch und unser Wille, sobald wir irgend möglich zu einem **friedlichen Ausgleich der Interessen** gerade auch mit den Nachbarn im Osten zu kommen, und die Förderung der Wissenschaft und der Lehre über Ost- und Südosteuropa und über die deutschen Ostgebiete, so wie wir sie uns vorstellen, sollte niemals zu einer Angelegenheit der Propaganda oder der reinen Zweckpolitik umgebogen werden. Vielleicht ist gerade die gegenwärtige politische Lage dazu angetan, den Blick auf das eigentliche Anliegen zu richten, nämlich zu erkennen, daß unsere Existenz

(A) **Präsident Dr. Ehlers:** Das Wort hat Frau Abgeordnete Strohbach.

Frau Strohbach (KPD): Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Im Gegensatz zu der Deklaration des vorliegenden Antrages als Maßnahme zur Pflege der Kenntnisse über die deutschen Ostgebiete, Osteuropa und Südosteuropa, im Gegensatz auch zum wesentlichen Inhalt der bisherigen Diskussion halten wir es für notwendig, hier sehr deutlich auszusprechen, um was es sich bei dieser Angelegenheit tatsächlich handelt. Das wird schon klar, wenn man weiß, daß der Antrag von der Deutschen Partei kommt,

(Sehr richtig! bei der KPD)

deren Sprecher, Herr von Merkatz, anlässlich der dritten Lesung des Generalvertrages und des EVG-Vertrages hier den Standpunkt vertreten hat, daß es jetzt nicht die Aufgabe sei, auf dem Wege des Verhandels und des Brückenbauens einen Ausgleich zu schaffen. Nach seiner Meinung soll statt dessen eine Befreiung auf dem Boden eines unangreifbar gewordenen großen westlichen Systems erfolgen. Herr von Merkatz hat damit ausgesprochen, daß nach Meinung der Deutschen Partei die bestehenden Spannungen und Konflikte nicht auf dem Wege des Verhandels und der Verständigung gelöst werden sollen, sondern durch Gewalt, also durch Krieg.

Der vorliegende Antrag ist ein Teil dieser verderblichen Konzeption. Er soll die Adenauer-Regierung veranlassen, unter dem Deckmantel der angeblichen Forschung immer noch mehr und noch intensiver arbeitende Agenten- und Spionagezentren in der Deutschen Demokratischen Republik und in anderen osteuropäischen Ländern zu schaffen.

(Unruhe in der Mitte und rechts.)

Das geht auch aus dem vorliegenden Bericht des Ausschusses für das Besatzungsstatut und auswärtige Angelegenheiten mit genügender Deutlichkeit hervor.

Zuständig für die Förderung dieses Vorhabens sind die Herren des Auswärtigen Amtes, die zugegebenermaßen das Ziel der berüchtigten Neuordnung Osteuropas bis zum Ural verfolgen.

(Sehr gut! bei der KPD.)

Dazu brauchen sie diese Spionageeinrichtungen in Osteuropa.

Zuständig ist Herr Lehr, der hier in Westdeutschland alles unternimmt, um die Organisationen und Einrichtungen zu terrorisieren, die tatsächlich gutnachbarliches Verständnis für die Völker des Ostens pflegen, wie z. B. die Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft.

(Lachen und Zurufe in der Mitte und rechts.)

Zuständig ist ausgerechnet das Kaiser-Ministerium, das hier in Westdeutschland mit den wütesten Hetzschriften gegen die DDR und die Völker Osteuropas arbeitet. Selbst die Schule soll dazu mißbraucht werden, das Gift dieser verderblichen Völkerhetze bereits den Kindern einzuträufeln.

(Huh-Rufe rechts.)

Schließlich sollen die **Ostemigrierten** in dem ganzen

verhalten wolle gegenüber der Frage, ob Rußland in seiner weiteren Entwicklung als Einheitsstaat bestehen bleiben oder ob es unter dem Schlagwort einer organischen Re-Integration in Nationalstaaten aufgliedert werden soll. Hier haben wir den Kern der Sache.

(Zurufe rechts.)

Hier ist ausgesprochen, um was es wirklich geht, nämlich um die gewaltsame Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder, um von außen her die Gegenrevolution zu organisieren.

(Huh-Rufe rechts.)

Das geschieht von dieser Stelle aus ausgerechnet in einem Augenblick, wo in der ganzen Welt die größten Anstrengungen unternommen werden, um die Spannungen abzubauen und schließlich ganz zu beseitigen. Das geschieht ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo in der ganzen Welt die größten Bemühungen unternommen werden, um Möglichkeiten für eine friedliche Lösung der Konfliktsprobleme zu finden, so wie es im Interesse aller Völker der Welt geschehen muß. Es geschieht bedauerlicherweise in einer Einheitsfront von der Deutschen Partei bis zur SPD. Herr Ollenhauer spricht in letzter Zeit viel davon, daß man alle Möglichkeiten ausschöpfen müsse, um zu Viermächteverhandlungen zu kommen. In der hier zur Debatte stehenden Frage hat die SPD offensichtlich ebenfalls die Position der Adenauer-Regierung bezogen, der Regierung, die eben jetzt eiligst Herrn Blankenhorn als Sonderberater nach Washington geschickt hat, um gegen jede Möglichkeit der Verständigung zwischen den Großmächten über eine friedliche Regelung der deutschen Frage den Einspruch des Adenauer-Kabinetts anzumelden.

Der vorliegende Antrag widerspricht dem Willen der Mehrheit unserer Bevölkerung zu einer baldigen friedlichen Lösung der Konflikte in Europa. Wir lehnen ihn deshalb ab.

(Beifall bei der KPD.)

Präsident Dr. Ehlers: Als Berichterstatter hat das Wort Herr Abgeordneter Brandt.

Brandt (SPD), Berichterstatter: Ich habe als Berichterstatter ums Wort gebeten, um darauf hinzuweisen, daß die Vorrednerin in zwei Punkten einem Irrtum unterliegt.

(Zuruf von der Mitte: Nur in zwei?)

— Ich habe mich als Berichterstatter nur mit den Punkten zu befassen, die sich auf den Bericht selbst beziehen.

Es kann nicht die Rede davon sein, wenn man den Bericht zur Kenntnis nimmt, daß dieser Bericht in irgendeinem Teil direkt oder indirekt von der Unterstützung sogenannter Agententätigkeit spricht.

(Lachen bei der KPD. — Abg. Renner: Das sagt ihr nicht; das macht ihr nur!)

— Der Bericht handelt von dem, wovon in ihm die Rede ist, und von nichts anderem.

Das zweite ist — und deswegen habe ich mich eigentlich gemeldet —, daß eine auf Seite 6 des Schriftlichen Berichts getroffene Feststellung dem politischen Inhalt nach von der Frau Vorrednerin